

**MEDIENINFORMATION – 01. März 2015**

68 DR/NL

Energiewende

**RENTSCH: Bundesregierung sollte dänischem Vorbild folgen -  
Ausbaumoratorium bis zur Auswertung der Studie zur Erforschung  
von Gesundheitsgefahren durch Windräder**

WIESBADEN - Zum heutigen Bericht „Riskante Windkraft“ in der „WELT am SONNTAG“ sagte der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag und Bundesvorstandsmitglied der FDP, Florian RENTSCH: „Während die dänische Regierung eine breit angelegte Studie zur Erforschung von Gesundheitsgefahren durch Windräder in Auftrag gegeben hat und die meisten dänischen Kommunen ihre geplanten Windenergieprojekte bis zur Vorlage der Ergebnisse auf Eis gelegt haben, geht der von der Bundesregierung und den Landesregierungen forcierte Windenergieausbau in Deutschland unvermindert weiter.“

Nachdem im gesamten Bundesgebiet im vergangenen Jahr mit 1766 Windrädern mehr Zubau erfolgte als jemals zuvor, soll dieser Höchstwert in diesem Jahr nochmals übertroffen werden.

Als ausgesprochen zynisch bezeichnete Rentsch das Verhalten der Präsidentin des Umweltbundesamtes, Frau Krautzberger, die vor überzogenen Abstandsregeln von Windrädern zur Wohnbebauung warnt, obschon ihr eigenes Institut in einer Studie zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die Indizien für gesundheitsgefährdende Gefahren von Infraschall-Emissionen ernst zu nehmen seien und dringend besser erforscht werden müssten. „Wer derart fahrlässig mit der Gesundheit der Menschen spielt, ist als Leiterin einer Bundesbehörde untragbar. Ich fordere Bundesumweltministerin Hendricks daher auf, Frau Krautzberger umgehend von ihren Aufgaben zu entbinden“, so Rentsch.

„Wenn die Bundesregierung die Ergebnisse der dänischen Studie, die im Jahr 2017 vorliegen werden, nicht abwarten möchte, sollte sie zumindest ein unabhängiges Forschungsinstitut beauftragen, eine vergleichbare Untersuchung durchzuführen. Bis zur Auswertung der Ergebnisse muss sie allerdings ein Ausbaumoratorium beschließen, indem sie die Förderung der Windenergie durch das EEG aussetzt. Unabhängig davon sollten die Landesregierungen den Mindestabstand zur Wohnbebauung auf das Zehnfache der Windradhöhe durchsetzen, wie es in Bayern bereits praktiziert wird. Alles andere wäre den Menschen in unserem Land nicht mehr vermittelbar“, betonte Rentsch.